



**Stellungnahme zum  
Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von  
Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich**

Der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen nimmt zum Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich des BMVI Stellung.

Wir unterstützen ausdrücklich den Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich. Damit vollzieht die Bundesregierung die von uns und anderen Verbänden der Wirtschaft wiederholt vorgebrachte Forderung Planungsverfahren wo es geht zu beschleunigen und die Realisierung von national bedeutsamen Verkehrsinfrastrukturprojekten zu verkürzen.

Wir sehen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf insbesondere wegen der Tatsache, dass 5 Wasserstraßenprojekte ausgewählt wurden, einen wichtigen Schritt für die Umsetzung des Masterplans Binnenschifffahrt als auch des in diesem Kontext wichtigen Klimaschutzpaketes der Bundesregierung und der darin angestrebten Verlagerung auf die Wasserstraßen und Schienenwege.

Aufgrund der kurzen Frist zur Stellungnahme konnten wir nicht ausreichend die einzelnen Regelungen prüfen. Inhaltlich folgen wir allerdings den Ausführungen des BDI in seiner Stellungnahme und unterstützen diese ausdrücklich.

Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, in der weiteren Befassung im Bundestag und Bundesrat die vorgelegten Regelungen nicht abzuschwächen. Insbesondere die klaren Regelungen des §13 Absatz (1) hier die Mitwirkung des Bundesrates und des §14 des vorliegenden Entwurfs sollten nicht im Gesetzgebungsverfahren zu diesem Gesetz aufgegeben werden.

Wir bitten die Bundesregierung erneut, wie in der Geschäftsordnung geregelt, den Verbänden ausreichend Zeit zur Stellungnahme zu geben. Die eingeräumte Frist ist inakzeptabel in Anbetracht der Bedeutung des Gesetzentwurfes.

Boris Kluge, Geschäftsführer, 17.10.2019